



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31691 - 95
Fernschreiber 0886890

XII/212 - 17. September 1957

Hinweise auf den Inhalt:

| | |
|--|------|
| Das Ausland und die Bundestagswahl | S. 1 |
| NATO-Manöver in der Ostsee | S. 3 |
| Dr. Wilhelm Hoegner zum 70. Geburtstag | S. 4 |
| Titu und die Oder-Neisse-Grenze | S. 7 |

Reaktionen

sp. Das Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag führte besonders in der Presse des westlichen Auslandes zu einer sicht- und hörbaren Aufatmen. Übereinstimmend kommt in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Erleichterung darüber zum Ausdruck, dass die Bundesrepublik ihre bisherige an das Militärbündnis der NATO gekoppelte Politik fortsetzen und wahrscheinlich sogar noch festigen wird.

Den aufmerksamen Beobachter dieser ausländischen Pressestimmen fällt aber sofort auf, dass mit der Freude über den Wahlsieg Adenauers einige Bemerkungen verknüpft werden, die uns Deutschen sehr zu denken geben sollten. Es heisst da ziemlich übereinstimmend, die meisten Deutschen hätten wohl unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass für sie - mindestens im Augenblick - das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands nicht so brennend sei, wie es die Sozialdemokraten oder die Freien Demokraten in ihrer Propaganda darzustellen versucht hätten.

Danzufolge - so argumentiert man - sei es nur recht und billig, wenn man dieses Problem zunächst einmal so zu sehen genötigt sei, wie es der siegreiche Bundeskanzler sehe. Das heisst mit anderen Worten: Das westliche Ausland zieht sich in der Frage der Wiedervereinigung auf den von vielen westlichen in Bonn akkreditierten Diplomaten schon seit langen eingenommenen Standpunkt zurück - "Wir, der Westen, können

17. September 1957

für die deutsche Wiedervereinigung nicht nur tun, als die Deutschen und ihre von ihnen gewählte Regierung selbst zu tun bereit sind."

Sicher entspricht dieses Echo auf das Wahlergebnis im westlichen Ausland durchaus den gegenwärtigen politischen Interessen der Nationen, aus denen es kommt. Und fast ebenso sicher möchte man annehmen, dass Adenauer für die Presse dieser Nationen deswegen der grosse europäische Staatsmann ist, weil er genau das mit seiner Politik verkörpert, was man von ihm erwartet. Das mag für manche Westdeutsche beruhigend sein und mag sie auch in der Überzeugung bekräftigen, "richtig" gewählt zu haben; ob diese Wahl allerdings den wohlverstandenen Interessen des ganzen deutschen Volkes entspricht, das steht auf einem anderen Blatt.

In der gleichen Linie liegen die ausländischen Reaktionen zum Wahlergebnis, die mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass der Bundesbürger keine Veränderung der gegenwärtigen Situation wünsche. Er wählt sich in seinem Provisorium Bundesrepublik - so sagt man - sehr wohl, zuckt geistig beim Gedanken an die 18 Millionen Brüder und Schwestern jenseits des Eisernen Vorhanges mit den Schultern und meint, der grosse alte Mann werde es schon richten.

Inzwischen: Hoppla, wir leben!

Die militärpolitischen Perspektiven, die sich aus dem Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag ergeben, zeichnen sich ebenfalls bereits ab. Sehr ernstzunehmende Blätter meinen, jetzt sei es ja wohl absolut sicher, dass "die Westdeutschen" die Aufrüstung wollen. Dieses Wollen müsse daher stärker als bislang in die Verteidigungskonzeption der übrigen Westmächte einkalkuliert werden ... Das heisst auf gut deutsch: man kann den Bundesrepublikanern ruhig etwas mehr aufpacken. Dies sowohl in Bezug auf die Stationierungskosten für die in der Bundesrepublik untergebrachten ausländischen Truppen als auch in Bezug auf das Tempo und die Art der Ausrüstung der jungen Bundeswehr.

Der Osten, und in diesem Falle vornehmlich Moskau, reagiert auf das Wahlergebnis, wie es zu erwarten war. Für Moskau ist der 19. September ein willkommener Anlass, jetzt verstärkt von dem neuen "militaristischen Deutschland" zu sprechen. Man kommt diese Töne seit langem und wird vielfach gereizt sein, sie jetzt auch nicht ernster zu nehmen als früher. Es ist nur so, dass möglicherweise jetzt die scharfe Sprache Moskaus gegen Westdeutschland besonders in den Hauptstädten der östlichen Satellitenstaaten offeneren Ohren finden dürfte als bisher. Auch in Polen Gomalkas sind Stimmen laut geworden, die eine engere militärische Anlehnung an Moskau befürworten.

Ob all' dies dazu beitragen kann, den für unser Volk und für Europa zwingend notwendigen Entspannungsprozess zwischen West und Ost zu fördern, ist sehr zweifelhaft.

"Über das Friedens?"

ru. - Die Ostsee-Ausgänge Skagerrak, Kattegat, Öresund, Grosser Belt und Kleiner Belt werden im Mittelpunkt gewaltiger NATO-Manöver stehen, die vom 19. bis zum 28. September in der Nordsee abrollen sollen. Es ist bis heute noch nicht klar, ob die Vereinigten Staaten bei diesem Manöver mit Flugzeugträgern in die Ostsee einlaufen werden. Das würde zweifellos neue und stärkere Proteste der Sowjetrussen auslösen.

Bereits jetzt ist die Ostsee in den Mittelpunkt politischer Erklärungen von russischen, polnischen und sowjetischen Politikern beim Nichtangriffs-Vereinbarungen der Ostsee-Konferenz mit dem Ziel vorgeschoben, die Ostsee zu neutralisieren. Sie haben die gut klingende Parole von "Über das Friedens" in die Debatte geworfen. In den letzten Wochen haben auch die Admiralitäten Zeitungen über ihre verschiedenen Flottenstärken des Baltikums im Baltischen veröffentlicht. Und nun hier die Bilanz aufzuheben, kommt man zu dem Ergebnis, dass Russland mit mehreren Ostsee-Anliegern militärisch überlegen ist.

Es ist für die Sowjets nicht leicht, mit der Parole von "Über das Friedens" bei den anderen Staaten im Norden auf Wohlwollen zu stossen. Dänemark hat, es muss man schon, 1945 die von den Sowjets besetzte Insel Bornholm (wohin sie die Deutschen dort vertrieben hatten) wieder freilassen können. Russland hat zwar Fockel in Finnland zurückgelassen, es kann aber eine eigenständige Aussenpolitik nur mit verdiehlter Hilfe der angrenzenden und traditionell neutralen Schwedens führen. Estland, Lettland und Litauen haben sich als freie Völker im Ostbaltik existiert. Heute steht der russische Einfluss bis vor die Tore von Lübeck, während er noch vor 20 Jahren auf das Innere des Baltischen Meerbusens beschränkt war.

Trotz alledem ist es natürlich im Interesse, in der Ostsee ein Wettrüsten zu beginnen. Vielleicht bieten sich vor dem Hintergrund der weltweiten Abrüstungsgespräche in den Vereinigten Nationen die Möglichkeiten zu regionalen Verhandlungen für den Ostseeraum. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass die Russen nur eine neutrale Ostsee wollen, um ihre mächtige Kriegsflotte jederzeit verträglich garantiert ungehindert in die Weltmeere hinausschleusen zu können. Ausgangspunkt solcher Verhandlungen kann nur der vorweg erklärte Wille der Russen sein, einer kontrollierten Abrüstung im Ostseeraum näherzutreten. Wenn man dem polnischen Parteisekretär Gerulka richtig verstanden hat, so zielen seine Erklärungen über die wirtschaftlichen Vorteile im entpanzten Ostseeraum in dieser Richtung.

Allerdings wird es für die Bundesrepublik, die sich für solche Gedankengänge stärker als bisher interessieren sollte, nicht gut sein, weiterhin mit einem riesigen Marine-Ausrüstungsprogramm in Raum zwischen Kiel und Alansburg zu probieren.

Der Mensch und der Politiker

Am 23. September 1957 wird Dr. Wilhelm Hoegner sein 70. Lebensjahr vollenden. Es sieht ihn an der Spitze der bayerischen Regierung, deren Ministerpräsident er seit der Regierungsbildung nach den Landtagswahlen 1954 ist und schon einmal vom September 1945 bis 21. Dezember 1946 war.

Sein Werdegang

Schon in jungen Jahren begann der Jubilar sich mit den Fragen der Zeit auseinanderzusetzen. So unruhig und voller Umrufe diese Zeit war und noch ist, sie ist getreulich im Ablauf seines Lebens verzeichnet. Seine Wiege stand in München. Als Sohn von nicht gerade mit materiellen Gütern gesegneten Eltern ging sein Weg von der Volksschule zum Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, München und Erlangen. 1912 machte er seinen Doktor der Rechtswissenschaft (Dr. jur.) und bestand 1917 die grosse Staatsprüfung. Ab 1920 war er in München als III. Staatsanwalt, Amtsgewalt, J. Staatsanwalt und schliesslich als Landgerichtsrat tätig.

Weg zur Politik

Die gesellschaftlichen Spannungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts riefen auch den Gymnasiasten Hoegner in ihren Mann. Er kam mit der Sozialdemokratie in Verbindung. 1919 wurde er in den Vorstand der Münchener Parteiorganisation gewählt. Am 6. April 1924 beriefen ihn die sozialdemokratischen Wähler als Abgeordneter in den bayerischen Landtag. Er wurde Mitherrichterstatler für den Haushalt des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und war als Sachverständiger in staatsrechtlichen und strafrechtlichen Fragen tätig. Dem bayerischen Staatsgerichtshof gehörte er ebenfalls als Mitglied an. Am 4. September 1930 wurde er in den damaligen Deutschen Reichstag gewählt, war dort Mitglied des Rechtsausschusses, des Strafrechtsreformausschusses, stellvertretender Vorsitzender des Überwachungsausschusses und zuletzt Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses.

Kampf gegen Hitler

Von Anfang an war Dr. Hoegner ein leidenschaftlicher Gegner des Nationalsozialismus. Man muss seine mutige Rede vom 18. Oktober 1930 im Deutschen Reichstag gelesen haben. Angesichts von 107 tobenden

nationalsozialistischen Abgeordneten (die ESDAP war bei der Reichstagswahl am 4. September 1930 zweitstärkste Fraktion geworden) deckte er den Volksbetrug der Nazis auf. Er konnte sich dabei auf Material aus dem Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags über den Hitlergutsch von 1923 stützen, der auf seinen Antrag hin eingesetzt worden und dessen Mitberichtersteller er gewesen war. Damals wurde ihm von dem Fernerörder Heines mit dem Mouchelnord gedroht. Doch davon nicht beeindruckt, trat er überall in Deutschland, von Königsberg bis Köln, von Kiel bis in die bayerischen Städte als Redner gegen den Hitlerismus auf.

Als politischer Flüchtling

Kein Wunder, dass die Machthaber des Dritten Reiches sofort nach ihrer "Machtergreifung" seiner Inhaftierung wollten und Haftbefehl gegen ihn erließen. Mehrmals entging er mit viel Glück seinen Häschern. Bereits am 10. März 1933 plünderte die SS-Standarte 13 seine Wohnung aus. Am 11. Juli 1933 ging er auf Drängen seiner noch vorhandenen Freunde über die Borge, die er so sehr liebte, nach Österreich. Im August konnte ihm seine Familie über die Schweiz folgen. All seine Habe beschlagnahmten die Nazis und verteilten sie unter die Beamten der politischen Polizei. In Innsbruck setzte er als Sekretär der Sozialistischen Partei Österreichs seinen Kampf gegen Hitler fort, bis ihn die Dollfußregierung in Österreich zu erneuter Flucht, diesmal in die Schweiz zwang. Dort ass er mit seinen Angehörigen das bittere Brot der politischen Flüchtlinge bis zu dem für sein Volk ebenso bitteren Ende der Hitlerherrschaft.

Rückkehr zum Wiederaufbau

Am 6. Juni 1945 kehrte Dr. Hoegner wieder nach München zurück und wurde am 29. September 1945 von der amerikanischen Militärregierung zum Bayerischen Ministerpräsidenten, einige Tage danach auch zum Bayerischen Justizminister ernannt. Unter seiner massgeblichen Mitarbeit entstand die neue Bayerische Verfassung, die von der verfassunggebenden Landesversammlung beschlossen wurde. Bei der auf ihrer Grundlage durchgeführten ersten Landtagswahl in Bayern am 1. Dezember 1946 wurde er in den Bayerischen Landtag gewählt, dem er bis heute ununterbrochen angehört. In der aus der ersten Landtagswahl hervorgegangenen Koalitionsregierung CSU/SPD (erstes Kabinett Ehard) war er vom 21.12.1946 bis 20.9.1947

Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident, nach der zweiten Landtagswahl im dritten Kabinett Ehard vom 18.12.1950 bis zur dritten Landtagswahl 1954 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident und seit 14.12.1954 ist er Ministerpräsident (zweites Kabinett Hoegner). Dazu bekleidet er noch seit September 1945 das Amt eines Senatspräsidenten am Oberlandesgericht München, ist seit August 1946 Honorarprofessor an der Universität in München und seit 1. Juli 1948 Staatsrat. Er gehört weiterhin dem Fraktionsvorstand sowie dem Landesauschuss der SPD an.

Der Mensch Hoegner

Dürfen wir den Versuch machen, auch über den Menschen Dr. Hoegner etwas auszusagen? Unsere Zeit ist nicht dazu angetan, menschliche Würdigung widerfahren zu lassen. Zwar sitzen wir so dicht beieinander, dass wir uns gegenseitig auf die Füße treten, aber dieses Aufdiefüßestreten ist meist auch alles, was an menschlichen Beziehungen besteht.

Der Jubilar dürfte zu den Naturen gehören, die ihr ureigensten "Ich" nur selten und nur Wenigen erschliessen. Und doch lässt sein küssener Werdegang die Kraft und Stärke erahnen, mit der er der einmal gewonnenen Überzeugung die Treue hielt, allen Widrigkeiten zum Trotz, die sich daraus ergaben. Mehr noch: Was auch immer aufstand gegen ihn aus Unverständnis oder auch Niedertracht, die Liebe zu Volk und Heimat, wie auch die auf sich genommene Verpflichtung einer Idee gegenüber, fand ihn immer wieder zur Mitarbeit bereit. Dabei blieb er als Persönlichkeit sich selbst treu, keineswegs bereit, eine gewonnene Erkenntnis billiger Rechungs-trägerei zu opfern. Mit der Tatsache, dass ihm daraus weitere Widerstände erwachsen, teilt er das Schicksal aller Aufrechten, deren blosses Vorhandensein schon eine Herausforderung der Minderwertigen ist.

Unsere Wünsche

So können wir dem Jubilar nur wünschen, dass diese guten Eigenschaften ihm auf seinem weiteren Lebensweg noch viele Jahre eines vollen und zweckerfüllten Lebens beschoren mögen. Sich selbst zur Freude und anderen zum Nutzen.

Folgschwere Anerkennung

ler. Der aufsehenerregende Trinkbruch des jugoslawischen Staatschefs Tito anlässlich des Empfanges Gomulka in Belgrad hat nun in offiziellen Abschlusskommuniqué seinen mit Brief und Siegel versehenen Niederschlag gefunden. Mit der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze wurde ein folgschwerer Schritt getan, dessen Wirkungen in der internationalen Politik nicht abzuschätzen sind. Tito gilt als ein grosser Realist, der wohl überlegt, was er riskieren kann. Er musste sich darüber im Klaren sein, dass sein Vorgehen bei allen Parteien in der Bundesrepublik auf Kritik und Ablehnung stossen wird. Dennoch hat ihn das nicht abgehalten, als erster Staatschef des Ostblocks über den Potsdamer Abkommen hinauszugehen. Dieses Aushalten liess ausdrücklich den provisorischen Charakter der Oder-Neisse-Grenze fest, es prüfte den gegenseitig durch unter polnischer Verwaltung abgenommen deutschen Ostgebiete, über deren endgültige Abgrenzung zu entscheiden ein mit einer grossdeutschen Regierung vereinbartes Friedensvertragsentscheidendes sollte. Ob ein solcher Friedensvertrag in beabsehbarer Zeit zustande kommen wird ist trefflich unbekannt. Der Weg der deutschen Wiedervereinigung lässt sich nicht bestimmen, er liegt im dunklen Fernen. Tito glaubte, daraus die Konsequenzen ziehen zu können.

Es ist in diesem Zusammenhang noch beizusetzen, dass der jugoslawische Marschall diesen Schritt vollzog, nachdem auch der britische Ausserminister Lloyd bei ihm zu Gast war. Hatte Tito mit Lloyd die Anerkennung zuvor abgesprochen? Hier ist mit grosser Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Wie hat denn der britische Ausserminister diese Ankündigung aufgenommen? Sicherlich dürfte er dagegen nicht protestiert haben, denn für die britische Politik ist die Frage der Oder-Neisse-Grenze keine Frage allerersten Ranges. Wohl aber liegt auch Grossbritannien viel daran, den polnischen, russischen wie mit vieler Ungewissheiten besetzten Prozess der Entwicklung Polens zur relativen Freiheit und Selbstständigkeit hin zu fördern und zu beschleunigen. Es trifft sich hier mit der amerikanischen Politik, die nach langen Schwankungen und Zögern nun offensichtlich zur Jaterstützung Gomulka entschlossen zu sein scheint. Die Vereinigten Staaten finden das kommunistisch regierte Polen nicht nur so anstössig, wie in früheren Jahren, sofern sich dieses Polen unter der Führung Gomulka nur beschränkt, den Zugriff Moskaus zu lockern. Die Sowjetunion wiederum kann mit Selbsterkenntnis Gomulka mehr Freiheit des Handelns nach innen und aussen gewähren, da

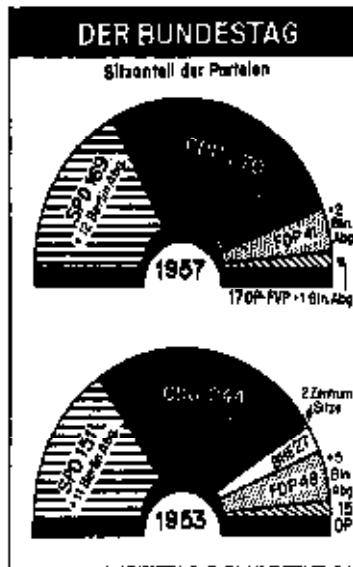
diese Freiheit ihre Grenze im ungelösten Oder-Weisse-Komplex findet.

Bisher fand Polen mit seinem Anspruch auf die Oder-Weisse-Linie als endgültige Grenze nur die Unterstützung der Sowjetunion. Moskau und seine Trabanten besaßen gewissermaßen hier eine Monopolstellung, die sie sich reichlich belehnen ließen. Dieses Monopol wurde durch die offizielle jugoslawische Anerkennung der unstrittenen polnischen Westgrenze gebrochen. Die Frage taucht auf, inwieweit sich hier der Beherrscher Jugoslawiens als Schrittmacher fühlen kann. Unzweifelhaft hat Tito durch seine Zustimmung die Position Gomulka sowohl im Innern wie auch in seinen Beziehungen zur Sowjetunion wesentlich gestärkt, wobei noch hinzukommt, dass er, hier mit der Sowjetunion gleichzeitend, die These von der Existenz zweier deutscher Staaten ausdrücklich bekräftigt und als einen direkten Weg zur deutschen Wiedervereinigung Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow betrachtet. Tito fordert in Communiqués ausdrücklich auch andere Staaten auf, die polnische Westgrenze anzuerkennen, was ein Beitrag zur Festigung des Friedens wäre.

Die deutsche Öffentlichkeit hat allen Anlass, die westliche Reaktion auf diese Aufforderung Titos sehr genau zu verfolgen. Vorbehalte oder gar Zurechtweisungen Titos durch die Westmächte und vor allem durch die Vereinigten Staaten sind allerdings wohl kaum zu erwarten ...

Und Bonn? Es erntet heute die Früchte einer geistlosen Setpolitik und es beschwört die Gefahr darauf, dass durch seine passive Haltung nicht mehr zu korrigierende Tatsachen geschaffen werden. Die Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen lässt sich nicht mehr rechtfertigen. Sie entspringt nun einem zwingenden Gebot, sollen nicht jene Tendenzen in Ost und West neuen Auftrieb erhalten, die *de facto* statte quo, das heisst die Beibehaltung der Teilung Deutschlands, befestigen wollen. Die Anerkennung der Oder-Weisse-Grenze durch Belgien und die vielleicht recht bald bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Belgrad und Pankow sind unübersehbare Warnzeichen. Das Bannruhmigende daran ist, dass andere Staaten versucht sein werden, dem jugoslawischen Schritt zu folgen.

+ + +



Einzelnachdruck der Schaubilder ist mit DM 6,00 je Veröffentlichung honorarpflichtig. Bezug von Matern zum Preis von DM 9,00 einschließlich Nachdruckrecht durch:

NEUE ANSCHRIFT Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
 Hannover, Nikolaistr. 10, Telefon 16 471
 Postcheck: Hannover 10 33 53 - Bank: Commerz- u. Disconto-Bank, Hannover

Bei größerem Bedarf bieten wir ein Abonnement zu folgenden Preisen an:

| | |
|--------------------------------|----------|
| Tageszeitungen monatlich | DM 50,00 |
| andere Interessenten monatlich | DM 30,00 |
| Matern für Abonnenten | DM 4,00 |

